

Sanierungssatzung Dresden - Hechtviertel (Sanierungsgebiet Dresden S 3) Vom 29. April 1993

Veröffentlicht im Dresdner Amtsblatt Nr. 18/93 vom 06.05.93

Auf Grund des § 5 Abs. 1 der Kommunalverfassung vom 17. Mai 1990 (GBI. I S. 255) und der §§ 142, 246 a des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Dezember 1986 (BGBI. I S. 2253), zuletzt geändert durch Anlage I Kapitel XIV Abschnitt II Nr. 1 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes vom 23. September 1990 (BGBI. 1990 II S. 885, 1122), beschließt die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Dresden folgende Satzung:

§ 1

Festlegung des Sanierungsgebietes

Im nachfolgend näher beschriebenen Gebiet liegen städtebauliche Mißstände vor. Dieses Gebiet soll durch städtebauliche Sanierungsmaßnahmen wesentlich verbessert werden. Das insgesamt 25 ha umfassende Gebiet Hechtviertel wird hiermit als Sanierungsgebiet förmlich festgelegt und erhält die Bezeichnung "Sanierungsgebiet Dresden S 3".

Das Gebiet wird umgrenzt im

Norden von der Buchenstraße einschließlich Straßenraum,

Osten von der Trasse der DR,

Süden vom Bischofsplatz,

Westen von der Johann-Meyer-Straße einschließlich Straßenraum

und umfaßt alle Grundstücke und Grundstücksteile innerhalb der im Lageplan "Sanierungsgebiet Dresden S 3" im Maßstab 1:5000 des Stadterneuerungsamtes vom Mai 1992 abgegrenzten Fläche.

Der Lageplan ist Bestandteil dieser Satzung und als Anlage der Vorlage beigelegt.

§ 2

Verfahren

Die Sanierungsmaßnahme wird unter Anwendung der besonderen sanierungsrechtlichen Vorschriften der §§ 152 bis 156 BauGB durchgeführt.

§ 3

Inkrafttreten

Diese Satzung wird gemäß § 143 Abs. 2 BauGB mit ihrer Bekanntmachung rechtsverbindlich. 1. Diese Satzung wurde mit Verfügung des Regierungspräsidiums Dresden vom 29. Januar 1993, Az.: 53, nach § 246 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 BauGB i. V. m. § 143 Abs. 1 BauGB mit Empfehlungen und Hinweisen genehmigt. Die Sanierungssatzung und die Erteilung der Genehmigung werden hiermit bekanntgemacht.

2. Nach § 215 Abs. 1 BauGB sind eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nummern 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften und Mängel der Abwägung unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres -Mängel der Abwägung innerhalb von sieben Jahren- seit Bekanntmachung der Satzung schriftlich gegenüber der Stadt geltend gemacht worden sind.

Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen.

3. Auf die Vorschriften der §§ 152 bis 156 BauGB wird besonders hingewiesen.
4. Der Lageplan, in dem das Sanierungsgebiet zeichnerisch umgrenzt ist (siehe § 1 der Satzung), wird durch Niederlegung im Technischen Rathaus der Landeshauptstadt Dresden, Stadterneuerungsamt, Hamburger Str. 19, bekanntgemacht. Der Lageplan und die unter Ziffer 3 genannten Vorschriften der §§ 152 bis 156 BauGB können dort durch jedermann während der Dienststunden eingesehen werden.
Ein Abdruck des Lageplans ist dieser Bekanntmachung als Anlage beigelegt.

Dresden, 29. April 1993

gez. i. V. Dr. Peter Czerney
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt Dresden

Anlage
Übersichtskarte über die Grenzen